

Stephan Otto, Laubach3, 56068 Koblenz

Seniorenbeirat der Stadt Koblenz  
Herrn  
Prof. Dr. Heinz-Günther Borck  
An der Liebfrauenkirche 18

56068 Koblenz



Wahlprüfsteine  
hier: Ihre Mail vom 04.02.2021  
Koblenz, 08.02.2021

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Borck,

für Ihre Anfrage danke ich Ihnen und möchte diese wie folgt beantworten:

Ich darf selbstredend vorausschicken, dass ich diese Anfrage als Person beantworte und natürlich nicht für die CDU RLP spreche. Das wird sich im Wesentlichen von den Standpunkten kaum unterscheiden, gehört aber der Vollständigkeit geschuldet erwähnt. Teilweise wird von mir daraus zitiert.

### **1. Altersdiskriminierung**

Der Rat der Stadt Koblenz und der Kreistag Mayen-Koblenz haben sich im Jahre 2018 in einer EntschlieÙung einstimmig gegen Altersgrenzen im Ehrenamt und damit gegen jede Form von Altersdiskriminierung gewandt; die Landesseniorenvertretung hat sich 2020 ebenso einstimmig diesem Votum angeschlossen..

Werden Sie im Einklang mit EU-Recht, Grundgesetz und Landesverfassung Schritte gegen willkürliche Altersgrenzen in Gesetzen, Satzungen und Kirchenordnungen unterstützen?

Werden Sie sich dafür einsetzen, älteren Menschen grundsätzlich dieselben Vergünstigungen wie anderen nicht erwerbstätigen Bevölkerungsgruppen zu gewähren und sie auch im Krisenfall bei der Erhaltung selbstbestimmten Lebens unterstützen?

Bankverbindung : Sparkasse Koblenz  
IBAN: DE 55 57 05 01 200000 190769  
BIC: MALADE51KOB

#OTTO21

Stephan Otto, Laubach3, 56068 Koblenz

In der Beantwortung Ihrer Frage möchte ich Ihnen wie folgt aus der Einstellung der CDU zu diesem Thema zitieren:



*Die demografischen Veränderungen in der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz sind schon jetzt deutlich spürbar. Die Leistungen, Fähigkeiten und Beiträge älterer Menschen in Wirtschaft, Politik und Ehrenamt müssen besser als bisher erkannt, genutzt und gefördert werden. Beschränkungen beim Lebensalter, die Menschen von öffentlichen Funktionen oder bürgerschaftlichem Engagement ausschließen, müssen verändert werden.*

***Wir wenden uns entschieden gegen jede Form von Altersdiskriminierung.***

*Wir werden daher überflüssige Altersgrenzen aus Landesgesetzen entfernen. Wir wollen die **Beschäftigung Älterer fördern**, indem altersgerechte Bildungs- und Weiterbildungsangebote im Rahmen eines Landeskonzpts erstellt werden. Für eine möglichst lange selbständige Lebensführung muss die **Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs** gesichert sein, ebenso ist ein seniorenrechtliches Angebot an wohnortnahen Dienstleistungen erforderlich. Insbesondere den ländlichen Raum werden wir dabei unterstützen, Fahrdienste sowie Bring- und Holdienste zu organisieren, wenn kein ÖPNV vorhanden ist. Notwendig sind auch Alltagshilfen. Wir werden daher das bestehende Beratungsangebot durch zugehende bzw. aufsuchende Hilfen ergänzen.*

Die Frage der Unterstützung gegen Willkürlichkeit kann nur eine deklaratorische Fragestellung sein. Aus dem Verständnis zum Eintreten für die freiheitlich, demokratische Grundordnung unseres Landes verbietet sich eine Duldung solcher Normierungen schlechthin.

Die Erhaltung selbstbestimmten Lebens ist keine Frage des Alters, sondern muss im Selbstverständnis unserer gesellschaftlichen Ordnung ein Eckpfeiler sein.

Bankverbindung : Sparkasse Koblenz  
IBAN: DE 55 57 05 01 20 00 00 19 07 69  
BIC: MALADE51KOB

#OTTO21

Stephan Otto, Laubach3, 56068 Koblenz

## 2. Pflege

Die Beschäftigung mit den Folgen der demografischen Entwicklung - Anwachsen des älteren Teils der Bevölkerung – wird in Koblenz seit 1975 als kommunale Aufgabe gesehen. Dabei stehen im Zeichen der Corona-Krise Betreuungs- und Pflegedienste im Vordergrund.

Werden Sie sich für den bedarfsgerechten Ausbau und die Unterstützung von Pflegediensten und -einrichtungen sowie für die Verstetigung bisheriger staatlicher Modellprojekte wie der Gemeindegewerkschaft plus - einsetzen und insbesondere die Weiterentwicklung häuslicher Pflege auch durch Angehörige, die älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben im bisherigen Lebensumfeld gestattet, fördern?

In der Beantwortung Ihrer Frage möchte ich Ihnen wie folgt aus der Einstellung der CDU zu diesem Thema zitieren:

*Baldauf präsentierte am Dienstag sein „Praktikerteam“ Gesundheit: Die Krankenschwester in der Anästhesiepflege am Klinikum Worms, Siegrid Loris, die Publizistin und Unternehmerin Diana Kinnert, ...*

*Siegrid Loris betonte, Pflege werde teurer werden, weil in mehr Personal und mehr Zeit investiert werden müsse. „Wer arbeitet, genießt den Luxus, dass er sein eigenes Leben mit etwas organisatorischem Aufwand weiterleben kann, während die Pflege sich um unsere hilfsbedürftigen Angehörigen kümmert. Das ist so selbstverständlich geworden, dass es jetzt auch noch billig werden musste.“*

*...Die CDU setzt sich für eine qualitativ hochwertige und professionelle Pflege ein. „Dies erfordert vor allem mehr Pflegekräfte und einen niedrigeren Pflegeschlüssel“, heißt es in der Agenda. „Es muss der Gesellschaft mehr wert sein, einen Menschen zu pflegen. Deshalb wollen wir in mehr Pflegepersonal und bessere Arbeitsbedingungen investieren.“*



Bankverbindung : Sparkasse Koblenz  
IBAN: DE 55 57 05 01 20 00 00 19 07 69  
BIC: MALADE51KOB

#OTTO21

Stephan Otto, Laubach3, 56068 Koblenz

*Sertac Bilgin, der wie Loris auch politisch aktiv ist, erklärte: „Wir sehen uns als Politiker den Pflegekräften in unserem Land gegenüber im besonderem Maße verpflichtet, sowohl im ambulanten als auch im stationären Pflegebereich und in den Kliniken. Darum setzen wir uns nachhaltig für die dringend notwendige, überfällige Anerkennung und Wertschätzung dieser Berufsgruppe ein, die sie zu Recht in den letzten Jahren immer wieder eingefordert hat. Leider sehen sich die Pflegekräfte zu oft in der Situation wie in einem ‚Hamsterrad‘, weil ihnen für die Umsetzung ihrer professionellen Tätigkeiten die notwendige Zeit am pflegebedürftigen Menschen fehlt.“ Bilgin betonte, auch pflegende Angehörige müssten besser unterstützt und entlastet werden.*

*... Diana Kinnert erklärte, es sei wichtig, künftig einen noch stärkeren Schwerpunkt auf die Themen Einsamkeit und soziale Isolation zu legen, gerade im Alter. „Einsamkeit kann eine Reihe gesundheitlicher Erkrankungen auslösen und betrifft nicht nur ältere Menschen.“ Sie regte eine Strategie zur Einsamkeitsbekämpfung in Rheinland-Pfalz an und empfahl einen runden Tisch sowie eine Enquetekommission im Landtag.*

Letztlich möchte ich ausdrücklich die weitere Arbeit der Gemeindeschwester plus in Koblenz unterstützen. Leider ist die Finanzierung dieses Modellprojektes durch das Land nicht sichergestellt. Dafür werde ich mich einsetzen. Die Vielschichtigkeit dieses Themas kann keine abschließende Bewertung nach sich ziehen. Deshalb erfordert die Komplexität und die Dynamik eine stete Begleitung und Weiterentwicklung.

### **3. Mobilität**

Zum selbstbestimmten Leben im Alter gehört auch der Erhalt der Mobilität durch altersgerechte Weiterentwicklung des ÖPNV wie z. B. auch die Förderung alternativer Bedienungsformen wie Taxinutzung mit Fahrschein und Nutzung selbstfahrender Fahrzeuge im ÖPNV. Werden Sie sich für mehr finanzielle Förderung des ÖPNV aus öffentlichen Mitteln einsetzen? Werden Sie die finanzielle Gleichstellung von Senioren mit anderen Bevölkerungsgruppen (kostenfreie oder vergünstigte Beförderung) unterstützen?

Werden Sie Maßnahmen zur fußgängerfreundlichen und barrierefreien Verkehrsgestaltung (Diagonalgrün, Trennung von Fuß- und Radwegen) finanziell fördern?



Bankverbindung : Sparkasse Koblenz  
IBAN: DE 55 57 05 01 20 00 00 19 07 69  
BIC: MALA DE 51 KOB

#OTTO21

Stephan Otto, Laubach3, 56068 Koblenz



Wir werden in den nächsten 10 Jahren über 200 Mio. Euro in den ÖPNV investieren. Eine langgehegte Forderung der Städte, den ÖPNV als kommunale Pflichtaufgabe zu deklarieren, wurde „kurz“ vor der Wahl stattgegeben. Eine gute Nachricht! . ABER....die Regelungen des Nahverkehrsgesetzes kommen finanziell und konzeptionell einer „Entmündigung“ der Gemeinden gleich. Es soll nach dem Willen der Landesregierung einen ÖPNV nach Kassenlage geben. Hier wird es sicherlich noch Nachbesserungen geben müssen, wollen wir in Koblenz einen guten ÖPNV etablieren. Das geht nur mit entsprechender Unterstützung durch das Land. Sie werden sich alle noch gut erinnern können, dass ich vor vielen Jahren derjenige war, der gegen alle Widerstände für ein temporäres Befahren der Fußgängerzonen in der Altstadt eingetreten ist. Dies vor dem Hintergrund, dass mit einem sorgsamem Umgang solcher Instrumente die Lebensqualität für Wohnen, gerade für ältere Menschen, und Handel gestärkt werden soll. Andienung wird immer eine Problemstellung bleiben, die in einer restriktiven Handhabung eine „Autofreiheit“ immer belasten wird. Entsprechende Anträge, dies wieder rückgängig zu machen, konnten bis heute verhindert werden.

Richtigerweise sind ein gut ausgebauter ÖPNV mit entsprechender Taktung und einem attraktiven Preisangebot ein Eckpfeiler eines solchen Zieles. All das ist im Begriff zu werden und wird leider in jüngster Zeit auch von ideologischen Argumenten allenthalben verzögert. z. B. ist es nicht nachzuvollziehen, weshalb man in der letzten Ratssitzung einen Antrag der CDU zur Ankurbelung des Handels in der Innenstadt ein temporäres 1-Euro-Ticket pro Fahrt ablehnt, obwohl man diese Attraktivität im letzten Kommunalwahlkampf beworben hat. Das wäre auch unter dauerhafter Anwendung ein Erfahrens Wert gewesen. Ich erwähne das ausdrücklich, da in diesem Antrag auch an keiner Stelle von einer Rabattierung oder Privilegierung bestimmter Bevölkerungsgruppen die Rede war.

Die von Ihnen genannten Maßnahmen zum Thema Fußweg-/Radwegenetz sind fast alle im Nahverkehrsplan niedergeschrieben und im aktuellen Haushaltsplan finden sie viele Maßnahmen in Mio.-Höhe in Ansatz gebracht. Um es einmal an dieser Stelle klar zu sagen; Herr Seuling ist manchmal anstrengend mit seinen „barrierefreien“ Anfragen, aber völlig zu Recht und im Zweifel nicht oft genug. Respekt!

Im subjektiven Empfinden mag es unterschiedliche Wertungen geben, was Umfang und zeitliche Dauer angeht. Dennoch glaube ich, dass es gut ist, seriös das in Ansatz zu bringen, was am Ende auch umgesetzt werden kann. Hier gilt es auch auf Landesebene die richtige Unterstützung zu etablieren, damit unsere Stadt auch finanziell entlastet wird.

Bankverbindung : Sparkasse Koblenz  
IBAN: DE 55 57 05 01 20 00 00 19 07 69  
BIC: M A L A D E 5 1 K O B

#OTTO21

Stephan Otto, Laubach3, 56068 Koblenz



#### 4. Miteinander der Generationen

Begegnung der Generationen und Beteiligung auch der älteren Generation an allen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sind seit 2012 erklärtes Ziel der EU und haben in RLP zum Leitbild des „Zusammenlandes“ geführt. Werden Sie dem entsprechend Formengemeinschaftlichen und generationenübergreifenden Wohnens (neben Mehrgenerationenhäusern auch die Ausweisung entsprechender Stadtquartiere nach dem Muster des Speyerer Modells), Maßnahmen, die Begegnungen erleichtern (wie das Sitzgruppenprojekt des Seniorenbeirates Koblenz, aber auch Begegnungsstätten, gemeinsames Essen, Ehrenamtsinitiativen, die der Vereinsamung älterer Menschen entgegenwirken, u. ä.) unterstützen? Werden Sie die finanzielle Förderung von Maßnahmen der Stadtteilentwicklung zu Zentren der Nahversorgung sowie der Begegnung und Kommunikation unterstützen?

In der Beantwortung Ihrer Frage möchte ich Ihnen wie folgt aus der Einstellung der CDU zu diesem Thema zitieren:

*Jede Generation hat ihre eigenen Bedürfnisse und Herausforderungen. Aber keine Generation kann ohne die andere leben. Wir müssen daher neben den spezifischen Bedürfnissen der einzelnen Generationen die Bedingungen für ein gutes Miteinander aller Generationen im Blick haben. Ohne ein gutes Miteinander, ohne gegenseitigen Respekt, Hilfe und Unterstützung, wird eine Gesellschaft, in der alle gerne und gut leben können, nicht gelingen.*

*Hierzu muss jeder beitragen und sein ganz persönliches Stück eigener Verantwortung tragen. Wir wollen gute Chancen, Perspektiven und Bedingungen sowohl für die Entwicklung jedes Einzelnen als auch für die Gesellschaft ermöglichen.*

#### 5. Bürgerbeteiligung

Nicht ohne uns über uns – dieser Grundsatz der UN-Behindertenrechtskonvention lässt sich heute auf viele Bereiche des gesellschaftlichen Miteinanders übertragen: auf Menschen mit und ohne Migrationshintergrund – auf Menschen unterschiedlichen Lebensalters oder auf Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, die einen besonderen Bedarf haben, in einer Umwelt ohne unnötige Barrieren zu leben. Damit die Betroffenen dabei sind, wenn es bei Planungen und

Bankverbindung : Sparkasse Koblenz  
IBAN: DE 55 57 05 01 20 00 00 19 07 69  
BIC: MALA DE 51 KOB

#OTTO21



Entscheidungen der Politik um sie geht, sind in Koblenz bereits zahlreiche Institutionen wie der Seniorenbeirat, der (gesetzlich vorgeschriebene) Beirat für Migration und Integration, die Frauenbeauftragte, der Jugendrat, Queer- und Behindertenbeauftragte geschaffen worden, überwiegend als freiwillige und deshalb von Haushaltsbeschränkungen betroffene Einrichtungen. Werden Sie in der Gemeindeordnung die Umwandlung von Kann- in Sollbestimmungen unterstützen und damit die Arbeit der genannten Einrichtungen fortentwickeln?

*Diese Frage ist pauschal so nicht zu beantworten. Denn auch bei Kann-Bestimmungen haben sie immer einen Anspruch auf ermessensfehlerfreie Ausübung der Bestimmungen. Die Gemeindeordnung sieht in der Grundausrichtung den Gemeinde-/Stadtrat als das Vertretungsorgan an. Die von Ihnen genannten Vertretungen sind flankierend, je nach Aufgabenanfall und Ausprägung zu installieren.*

*In Koblenz stellt sich m. E. diese Frage nicht, da hier eine mannigfaltige Vertretung gewährleistet ist. Ich halte auch an dieser grds. Ausrichtung der Gemeindeordnung fest. Die Problematik der haushaltsrechtlichen Behandlung solcher Institutionen ist damit einhergehend nicht verpflichtend. Mit einer Änderung bzw. Verstetigung würde das eine flächendeckende Einführung nach sich ziehen, auch in Kommunen, wo u. U. solche Fragestellungen eine untergeordnete Rolle spielen.*

## **6. Wohnen im Alter**

Werden Sie Initiativen fördern, die ausreichenden und bezahlbaren, aber auch altersgerechten und bezahlbaren barrierefreien Wohnraum schaffen, möglichst über öffentlich-rechtliche Wohnungsunternehmen? Unterstützen Sie die Initiative, dass geförderter Wohnraum grundsätzlich barrierefrei und seniorengerecht gebaut werden soll?

Werden Sie sich für die aus Zeiten ganz anderer Formen von Straßenbenutzung stammenden Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einsetzen, die für junge Familien ebenso wie für ältere Menschen die Lebensplanung empfindlich beeinträchtigen können?

*Kurzum – diese Fragen kann ich ohne größere Ausführungen allesamt mit JA beantworten.*



## 7. Administrative Unterstützung und Förderung des Umgangs mit modernen Medien

Die Umstellung der öffentlichen Verwaltung auf elektronische Verfahren stellt, wie sich gerade in der Corona-Krise deutlich zeigt, für Behinderte, insbesondere solche mit Sehbeeinträchtigungen, aber auch für Neuzugewanderte und für viele Seniorinnen und Senioren weniger die beabsichtigte Erleichterung und Beschleunigung als vielmehr intransparente Erschwerung von Antragsverfahren dar. Werden Sie die Einrichtung zentraler Beratungsstellen, einen steuerfinanzierten kostenlosen Zugang zum Internet sowie Initiativen zur **Förderung des Umgangs mit modernen Medien bei älteren Menschen** unterstützen?

*Kurzum – diese Fragen kann ich ohne größere Ausführungen allesamt mit JA beantworten – mit einer kleinen Einschränkung.*

*Ich halte die Umsetzung eines steuerfinanzierten, kostenlosen Zugang zum Internet für einen schwierigen Weg.*

*Ich könnte mir in einem ersten Schritt gut vorstellen, dass man von Seiten des Landes mit einer Art Prämie die Städte belohnt, die auf diesem Gebiet ihren Senioren in der Fläche ein gutes Angebot macht.*

## 8. Bildung, Kultur, Teilhabe

Nach aktuellen Untersuchungen zeichnet sich ein Bild wachsender Altersarmut für einen Teil der lebenden Menschen, besonders aber für kommende Generationen ab. Die in Europa geforderte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen und die Gewährleistung eines selbstbestimmten Lebens im Alter erscheinen stark gefährdet. Werden Sie sich für Maßnahmen einsetzen, die grundsätzlich auch Seniorinnen und Senioren einen erleichterten (barrierefreien und kostenlosen oder vergünstigten) Zugang zu staatlichen und kommunalen Kultur-, Fortbildungs- und sonstigen Einrichtungen (z.B. zu Theater, Bibliothek, Museen und Sportstätten ) sichern?

*Kurzum – diese Fragen kann ich ohne größere Ausführungen allesamt mit JA beantworten*

*Ich vermag in meinem Wahlkreis Koblenz – Gott sei Dank – eine solche Problemstellung noch nicht zu erkennen.*

*Einer Bevölkerungsgruppe diese Dinge vorzuenthalten entspricht nicht meiner Wertevorstellung.*

Stephan Otto, Laubach3, 56068 Koblenz

Sehr geehrte Damen und Herren,  
ich habe versucht, Ihnen eine umfassende Antwort auf  
Ihre Fragen zu geben.  
Dies in einigen Themenfeldern intensiver, in anderen weniger.  
Ich schätze ihr Engagement und glaube auch dies in der  
Vergangenheit mit meinen Gesprächsangeboten an Sie  
gewürdigt zu haben.

Ich danke Ihnen für die guten Wünsche und hoffe, vielleicht nach dem 14.03.2021  
in einer anderen Funktion, weiterhin als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen

Bis dahin verbinde ich das mit den besten Grüßen und Wünschen und der Bitte an Sie...  
BLEIBEN SIE GESUND

Herzlichst



Stephan Otto



Bankverbindung : Sparkasse Koblenz  
IBAN: DE 555 70501 200000190769  
BIC: MALADE51KOB

#OTTO21